

# Sattler, Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Draan zur Förderung des Gesamtwohls aller in Sattlereien, Portefeulles-, Ledergalanterie- und Reiseeffektenbetrieben, sowie im Tapezierergewerbe und den verwandten Nebenberufen beschäftigten Arbeitern, Arbeiterinnen, Lehrlingen usw. Publikationsorgan der Berufsrankenfassen

Inserate kosten die 4 gespaltene Petitzeile 1,50 Mark. Verbandsfasen 50% Rabatt

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüdenstraße 10 b<sup>m</sup>  
Fernsprecher: Amt Dörichplatz Nr 2120

Erscheint wöchentlich. Preis 3 Mark pro Quart. Zu beziehen durch alle Postanstalten

### Achtung!

Im eigenen Interesse werden die Kollegen ersucht, vor Arbeitsannahme in anderen Orten sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Warum das notwendig ist, kann jeder wissen!

Die Ortsverwaltungen sind verpflichtet, Anfragen sofort zu beantworten.

Nur wer seinen fälligen Wochenbeitrag pünktlich entrichtet, sichert sich im Bedarfsfalle die Unterstützung aus der Verbandskasse. Treue Pflichterfüllung sichert die Rechte!

Für die Nummer 49 bestimmte Artikel und Berichte müssen bis zum 4. Dezember in Händen der Redaktion sein.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Den Mitgliedern bringen wir zur Kenntnis, daß wir das Lohnabkommen im Tarif für die Lederwarenindustrie zum 1. Januar 1921 gekündigt haben. Die Verhandlungen werden Anfang Januar stattfinden.

### Gewerkschaften und Kommunisten.

Es ist noch nicht lange her, da erklärten sich die Kommunisten als Gegner der Gewerkschaften. Erst nachdem die Moskauer die Weisung erteilt haben: „Die Gewerkschaften müssen von den Kommunisten erobert werden, sucht auch der Leitung der Gewerkschaften zu verschieren“, ist man anderer Ansicht geworden. Daß die Gewerkschaften sich von den Kommunisten nicht ganz widerstandslos auf der Kasse herumtanzen lassen werden, ist wohl selbstverständlich.

Im Verband der Angestellten haben wir bereits ein kleines Vorpiel sich abspielen sehen. Hier hat vom 1.—3. November eine Tagung des Verbandsbeirats stattgefunden. Dort wurde auch zu den bekannten 21 Thesen der Moskauer Stellung genommen. Der Vorstand und Beirat erklärten, daß Verbandsmitglieder, welche diese Thesen zur Gewerkschaftsfrage billigten, nicht Beamte der Organisation sein können. Eine Tätigkeit im Verband nach den Grundätzen der Dritten Internationale sei unvereinbar mit der Mitgliedschaft im Zentralverband der Angestellten.

Der Redakteur des Verbandsorgans der Angestellten, Paul Lange, hat bereits die Konsequenzen gezogen. Er hat seinen Austritt aus der kommunistischen Partei erklärt mit der Begründung, er vermöge nicht im Sinne der Moskauer Thesen gewerkschaftlich tätig zu sein.

In einer Vertreterversammlung der Afa vom 20. September wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die Gewerkschaften haben ihre Direktiven ausschließlich von ihren Mitgliedschaften entgegenzunehmen. Es wäre deshalb ein unerträglicher Zustand für die Gewerkschaften, wenn sich in ihnen festgeschlossene Zellen bildeten, die ihre Direktiven von außerhalb der Gewerkschaften bestehenden diktatorischen Instanzen erhielten, denen sie sich bedingungslos zu fügen haben. . .

Eine erfolgreiche systematische Arbeit der Betriebsräte setzt ihre Eingliederung in den Rahmen der Gewerkschaftsbewegung voraus. Jede selbständige So.berorganisation der Betriebsräte ist als zersplitternd und gewerkschaftsschädlich abzulehnen.

Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa) erkennt als unerlässliches Erfordernis für die freigewerkschaftliche Arbeit der Angestellten die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund an. Sie lehnt die Bedingungen des zweiten Kongresses der Dritten kommunistischen Internationale, soweit sie sich auf die Gewerkschaften beziehen, ab, da sie in ihnen keine Grundlage erblickt, auf der eine tragfähige, aktionsbereite, auf d.m. Willen der breiten Masse der freigewerkschaftlich denkenden Arbeiter und Angestellten sich stützende Gewerkschaftsinternationale möglich ist. Die Afa erklärt sich bereit, mit der freigewerkschaftlichen Anarcho-Sozialistischen Bewegung aller Länder eine feste, dauernde, organisatorische Zusammenarbeit herzustellen und zugleich die Internationale der Kopfarbeiter Hand in Hand und in dauernder organisatorischer Zusammenarbeit mit der Internationale der Handarbeiter der Internationalen Gewerkschaftsbund zu einer großen Internationale aller Kopf- und Handarbeiter der Welt auszubauen.“

Dierzu sagt Paul Lange in Nr. 22 des „Freien Angestellten“: Diese Erklärung ist nicht ein Ausfluß „rückständiger Gewerkschaftsbureautatie“, sondern für alle Einsichtigen notwendig geworden, um der Zersplitterung und Lahmlegung der Angestelltenbewegung wirksam entgegenzutreten.

Die Beiratsfassung vom 1.—3. November nahm unter anderem auch folgende Entschließung an: „Die Konferenz verurteilt das organisationsfeindliche Verhalten der sogenannten Berliner Opposition vom Hauptvorstand sowie von allen Ortsgruppen wird erwartet, daß sie die Treibereien der Berliner Opposition und ihres Anhangs mit allen Mitteln bekämpfen. Es gilt die Geschlossenheit und Kampftätigkeit des Verbandes aufrechtzuerhalten und zu stärken.“

Diese Beschlüsse sind eigentlich eine Selbstverständlichkeit für alle, die gewerkschaftliche Disziplin und Solidarität anerkennen. Wäre es anders, bräuchten wir keine Zentralverbände, keinen Gewerkschaftsbund, keine Internationale. Ja sogar der Lokalverein wäre überflüssig. Es handelt dann eben jeder nach eigenem Gutdünken, keiner hat dem andern etwas zu sagen. Unterordnung gibt's eben nicht. Das ist aber das Ideal des echten Kommunisten, deshalb ist er auch kein rechter Gewerkschaftler.

Er tritt ja auch nicht in die Gewerkschaft ein, um sich einzugliedern, sondern folgt nur dem Befehl von Moskau, welcher ihm aufgibt, in die Gewerkschaften hineinzugehen, Opposition zu machen, Zwietracht zu säen und vor allem den Gewerkschaftsführern Mittel zwischen die Füße werfen, und wenn sie fallen, ihre Stellen einzunehmen. Was dann kommt, kümmert sie wenig. — Selbstverständlich würde der Zerfall der Gewerkschaft die Folge sein, wollte man solchem Treiben untätig zusehen. Die Gewerkschaften haben schon genug gelitten unter der Spaltung der SPD. und USPD., kommt jetzt noch eine kommunistische hinzu, so bedeutet das eine weitere Schwächung der Geschlossenheit und Macht. Trotzdem wird von den Kommunisten immer wieder gesagt, wir wollen die Gewerkschaften nicht zersplittern! Daß ihr ganzes Tun auf nichts anderes

hinauskommt, wird selbst ein Halbblut begreifen können, um wieviel mehr wird sich der erfahrene Gewerkschafter gegen dieses unsinnige Treiben wenden. Machen wir uns daher bereit, jeden Versuch energig zurückzuweisen, der darauf hinausläuft, die Gewerkschaft zu schädigen.

Nach im Buchbinderverband wird Front gemacht gegen die Gewerkschaftszersplitterung. In einer Sitzung des Beirats mit dem Vorstande des Buchbinderverbandes vom 11.—13. November in Berlin wurde zu der Tätigkeit der „kommunistischen Zellen“ Stellung genommen und nach sehr eingehender Debatte mit 10 gegen 14 Stimmen eine scharfgefaßte Resolution angenommen, in welcher verlangt wird, gegen diese Bestrebungen, die in ihren letzten Konsequenzen auf eine Zerreißung des Verbandes hinauslaufen, mit allen statutarisch zulässigen Mitteln anzukämpfen. Wörtlich heißt es darin u. a.: „Die oben genannten Körperschaften erklären noch eingehender Aussprache über die auch in den deutschen Gewerkschaften und in unsern Verbänden sich bemerkbar machenden zersetzenden Bestrebungen, daß die Leitung des Verbandes gegen diese Tendenzen mit allen ihr statutarisch zur Verfügung stehenden Mitteln anzukämpfen hat. Es kann nicht ruhig zugeesehen werden, daß einzelne Mitglieder sowohl als auch Gruppen von Mitgliedern in unsern Verbänden Bestrebungen propagieren, die nicht nur eine Schädigung des Verbandes und eine Schwächung seiner Position gegenüber seinen natürlichen Gegnern, den Unternehmern, darstellen, sondern in ihren letzten Konsequenzen auf eine Zerreißung unseres Verbandes hinauslaufen.“ Man kann sagen, daß die genannten Körperschaften einstimmig die Spaltungsbestrebungen verurteilen; denn für die 14 Gegner der Resolution erklärte ein Leipziger Delegierter namens der Gegner, daß auch sie alle Zersetzungsbestrebungen auf das schärfste verurteilen und die Lenkung der angenommenen Resolution teilen. Sie hätten nur dagegen gestimmt, um die von ihnen eingebrachte, milder gehaltene Resolution zur Annahme zu bringen.

### Überall sprunghafte Steigerung der Kosten für die Lebenshaltung.

Nach den Berechnungen des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig betrug der Mindesthaushalt einer aus zwei Erwachsenen und drei Kindern im Alter von 12, 7 und 1½ Jahren bestehenden Familie in den letzten drei Monaten bis 14. November:

	I	II	III	IV
	für Nahrung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung.	für Verbrauchsmittel, (ohne Neuananschaffung.) Erlös an Wirtschaftsgegenständen, Fortschritt u. Unterhaltungszwecke, Abgaben	Insgesamt	Wöchentlich
20. 9.—17. 10.	871	271	1142	324
27. 9.—24. 10.	850	454	1304	328
4. 10.—31. 10.	861	456	1317	329
11. 10.—7. 11.	894	459	1353	338
18. 10.—14. 11.	907	460	1367	342

Es ergibt sich also, daß während dieser Zeit die Ausgaben für Nahrung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung um 65 Mk. für andere Ausgaben um 6 Mk., insgesamt um 71 Mk. steigen oder im Durchschnitt am 14. November um zirka 18 Mk. höher waren, als am 20. September. Wir kennen alle die Ursachen; Kartoffeln, Fleisch, Fett, Mehl, Hülsenfrüchte, alles ist wesentlich teurer geworden.

Die Teuerungszahlen I sind nach der Anweisung der Reichsstatistik, die Teuerungszahlen II nach den vom Statistischen Amte der Stadt Leipzig aufgestellten Grundzügen, beide unter Mitwirkung eines Ausschusses von Vertretern der Leipziger Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände und des Groß- und Kleinhandels berechnet, haben somit Anspruch auf Genauigkeit.

Am 15. November setzte bekanntlich eine auffallende Steigerung unserer Reichsmark ein; am 11. November galt die Mark, gemessen am Dollar, 8 Pf. Am 17. November erreichte sie den Stand von 5 Pf., um kurz darauf wieder auf 5,7 Pf. zu sinken. Die kurze Steigerung wird auf amerikanische Markantäufte zurückgeführt, zwecks Spekulation selbstverständlich; wahrscheinlich haben Interessenten die Finanzoperation veranlaßt, um bestimmte Zwecke dadurch zu erreichen. Kein Zweifel, daß unser Wirtschaftsleben in der Folge noch oft genug durch solche Wanktüder der Börsenbäse beunruhigt werden kann.

Für uns Arbeiter gilt es die richtigen Schlüsse aus diesen Tatsachen zu ziehen und dem Unternehmern vor Augen zu halten, wenn sie auf die „hohen Löhne“ schimpfen, wenn sie sich weigern, notwendige Zugeständnisse zu machen. Wenn heute 60 Pf. oder 1 Mk. Lohnzulage bewilligt werden, so sind das 4-5 Pf., an der Kaufkraft unseres Geldes gemessen; 5 Mk. Stundenlohn sind = 25-30 Pf.

Unser Wissen ist das im allgemeinen ungefahr der Durchschnittslohn, den heutzutage gute Arbeiter erhalten. Wir wissen aus unseren Berichten über Lohnbewegungen, daß unsere besten Arbeiter zurzeit nicht mehr als 6-7,50 Mk. Stundenlöhne erhalten. Es mag einige geben, die 8 Mk. verdienen. Was ist das aber heute? 8 Mark sind = 40-48 Pf., gemessen an der Kaufkraft des Dollar, pro Tag = 3,20 bis 3,80 Mk., pro Woche 19,20 bis 23 Mk.

Vor 1914 verdienten unsere guten Arbeiter 1 Mk. und mehr pro Stunde, das ist pro Woche 48-60 Mk. Damals kostete ein Pfund Fleisch 60-80 Pf., heute 16-20 Mk. und mehr. Wo ist da ein Vergleich möglich, und wie kann man da behaupten, die Löhne wären zu hoch und müßten abgebaut werden. Vor 1914 kostete ein gutes Pferd 3-4 Mk., heute 60 bis 80 Mk.; ein guter Anzug 60-70 Mk., heute kostet ein solcher 1200 bis 1600 Mk. So ist es mit allem, was man ansieht, und dennoch schimpft alles auf die Arbeiter und ihre angebliche Unerfälligkeit.

Und nun das Kapitel der Arbeitslosigkeit in diesem Zusammenhange und die Folgen für die davon Betroffenen? Gibt es etwas, das entschlicher ist als arbeiten zu wollen und keine Arbeit zu finden oder verfürzt arbeiten zu müssen? Wer das nicht am eigenen Leibe gespürt hat, begreift es überhaupt nicht in seiner Tragweite.

Unter diesen Umständen ist die gewerkschaftliche Organisation, der Verband notwendiger denn jemals zu irgendeiner anderen Zeit. Die Kollegen sehen das gewiß selber ein und treten deshalb allen Bestrebungen energisch entgegen, die den Zweck haben, unsere Organisation zu schwächen oder gar zu zersplittern. Es wäre auch grundlos, etwa nutzlos dem Verband den Rücken zu kehren, wenn man ausgereizert ist. Unsere Beiträge sind nur scheinbar hoch; wenn wir denselben Maßstab anlegen, wie beim Stundenlohn, sind 3-4 Mk. = 18-24 Pf.

Es wäre eine verkehrte Rechnung, wollte man, um den Beitrag zu sparen, aus dem Verband austreten. Hätten wir in dieser schlimmen Zeit nicht unsere gute Organisation, wie würde es dann wohl aussehen? Die Zustände in den kleinen und mittleren Städten sind ohnehin noch aufbesserungsbedürftig genug, das beweisen uns ganz besonders die Berichte aus dem Liegnitzer Handwerkskammerbezirk. Und in anderen Bezirken sieht es ebenso aus.

Deshalb ist es nötig, uns vor allen Dingen auf die notwendigen Tagesaufgaben zu werfen und sie zu lösen. Die Wechsel, die man uns vor Augen hält, daß die Verwirklichung des Sozialismus uns mit einem Schlag vom Elend befreien wird, werden angesichts unseres zerrütteten Wirtschaftslebens in absehbarer Zeit nicht eingelöst. Das geben selbst die russischen Propagandisten zu, denn sie müssen zugeben, daß zunächst das Elend und die Not der Volksmassen noch viel größer wird, wenn der Kommunismus zur Herrschaft gelangt.

Neuerdings haben einige unserer Berufsbranchen, so z. B. die Ledermöbelarbeiter, wieder bessere Konjunktur, weil infolge des Tiefstandes der Valuta das Ausland wieder kaufte. Allein, trotzdem stehen wir noch immer in der Krise und die Unternehmer sind eifrig bestrebt, die Löhne herabzudrücken, wie die Gründung des Verbandes der Ledermöbel-fabrikanten in Leipzig satism beweist. Daß diesen Bestrebungen nur durch eine starke einige Organisation entgegengetreten werden kann und muß, darüber sind wir wohl alle einig.

Es gilt also unser ganzes Denken und Sinnen in der Gegenwart auf diese konkreten Aufgaben zu konzentrieren, die wir vollbringen müssen, damit unsere Existenz, unsere Lebenshaltung nicht noch weiter verichlechtert und herabgedrückt wird. Mag sich der einzelne auch noch so gern an politischen Zukunftsproblemen den Sinn berauschen, so darf er doch darüber nicht seine Pflicht versäumen der Gegenwart gegenüber.

Besonders diejenigen Kollegen, die in Arbeit stehen, vergessen nur zu oft ihre Pflicht gegenüber der Organisation. Ihr Interesse, an den Versammlungen teilzunehmen, ist sehr gering, und das ganz besonders in den Großstädten. Vieles könnte anders und besser sein, wenn die Mitglieder, und besonders viele alte, erfahrene und erprobte Mitglieder, sich mehr für den Verband interessieren würden. So überlassen sie den jüngeren, weniger erfahrenen Mitgliedern die Initiative und halten sich im Hintergrund.

Deshalb richten wir den dringenden Appell an alle Mitglieder: nehmt tätigen Anteil am Verbandsleben. Selbst ist der Mann, du selbst bist ein Teil des Verbandes, und der Verband ist das Produkt dessen, was du aus ihm machst. Warte nicht auf die anderen, denke nicht, auf mich kommt es nicht an, mögen sie machen, was sie wollen, meine Ruhe will ich haben! Werde ein Mittkämpfer, denn Leben heißt kämpfen, so, wie du kämpfst wirst du leben, gut oder schlecht! Kämpfe gut, dann lebst du gut!

**Kulturarbeit der Gewerkschaften.**

Wir sehr die Gewerkschaften Kulturarbeit in des Wortes weitester Bedeutung leisten, bezugst die Feststellung des Schadens, den der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands durch die „glorreiche“ Tat der Zerstörung des Leipziger Volkshauses während des Kapp-Putsches, wo der Verein seinen Sitz hatte, erlitten hat. Er verlor sein gesamtes Archiv sowie wertvolle Sammlungen. Zum Beweis der Kulturarbeiten, die dieser Verband löste, sei aus einer vom Verbandsvorsitzenden kürzlich herausgegebenen Denkschrift, welche in bewegten Worten schildert, was alles verloren gegangen ist, einiges hier festgehalten. Er schreibt:

„Vernichtet wurde die gesamte Redaktions- und Verbandsbibliothek: Werke über Geschichte, Staatsverfassung und Volkswirtschaftslehre, weiter eine umfangreiche Literatur über Arbeiter-, Arbeiterrechts- und Junistragen. Auch schöngeistige Werke fehlten nicht. Zugrunde gingen die Kommentare hervorragender Rechtsgelehrter, desgleichen die sämtlichen Gesetzbücher, die umfangreichen Bände über das Tarifwesen, die Geschichtswerte über die anderen Verbände, die Veröffentlichungen der deutschen Gewerkschaften und andere. Verloren ging eine reiche Sammlung der steinindustriellen Zeitschriften sowie von Monographien über die verschiedenen Gruppen der Steinindustrie, ferner eine zum Teil unersehbliche umfangreiche geologische Bibliothek.

Verloren ging eine Katalogsammlung der Denkmalsfabrikanten und Grabhinfinkler. Die gesamte Literatur über den deutschen Bauarbeiter-schutz, das katifische und wissenschaftliche Material über die Berufskrankheiten der Steinarbeiter, auch die Stenogramme des Reichstages und der verschiedenen Bundesstaaten, soweit sie auf den Steinarbeiterschutz Bezug hatten, wurden zerstört.

Vernichtet wurde die Gesteins-, Mineralien- und Petrefakten-sammlung, die so vollständig war, wie kaum in irgendeiner Universitat. Sämtliche deutsche Gesteinsarten waren darin vorhanden, allein für den Granit gab es 150 verschiedene Plättchen; 100 Staubsorten der Sandsteine waren gesammelt. Neben den geschliffenen Steinen gab es auch Handstücke im rohen Zustande. Die sämtlichen deutschen Marmorarten waren so gut vorhanden, wie die gangbarsten Sorten des Auslandes. Auch die Hauptarten der Kristalle waren vertreten. Es fehlte auch nicht an den wichtigsten Versteinerungen. Von den vielen speziellen Sammlungen für Tarifzwecke, für die Auskünfte sowie dem Material über die schwedische Steinindustrie und viele anderen, den Akten, Broschüren, Statistiken und Veröffentlichungen des Verbandes soll hier nicht die Rede sein.“

**Von der 9. Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.**

In der Debatte über den Bericht des Bundesvorstandes wurde besonders betont, daß zwar wenig Grund vorliegt zu der Befürchtung, die Einheit der deutschen Gewerkschaften könnte gesprengt werden, dennoch müßte man solchen Bestrebungen energisch entgegenzutreten. Betreffs der Teuerungszahlverhältnisse war man der Ansicht, daß diese von Umständen abhängen, die kein Mensch und keine Partei in Deutschland zu ändern vermöge. Die Stellung des Bundesvorstandes zur Technischen Nothilfe bleibt nach wie

vor eine ablehnende. Material über Verbindlichkeitsklärungen von Schiedsprüchen soll den Vorständen zugehen. Dem Bund der Raubthummen werden 5000 Mk. bewilligt zur Herausgabe eines Blattes. Die Frage der Regelung der Rechte der Mitglieder bei Uebertritten, sowie die Frage: Einführung einheitlicher Mitgliedsbücher, wurde vertagt, damit die Vorstände erst Stellung nehmen können. Bei Uebertritten in die Sicherheitswehr sollen bis auf die Dauer von 12 Monaten die Mitgliederrechte offen gehalten werden. Certliche Unterrichts-kurse über Volkswirtschaft, Sozialismus und Betriebsräte sollen gepflegt werden.

Das Statistisches soll verbessert werden. Ueber Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens hielt Stadtbaurat Wagner einen Vortrag. Die Lösung der Wohnungsnot sei nur auf dem Wege der Sozialisierung möglich. Bei der geplanten Mietssteuer werden die Mieter ungerecht nach ihrem Wohnungsbedürfnis belastet. Kinderreiche Familien kämen dabei am schlechtesten meq. Besser sei es, Geld auf dem Wege der Einkommensteuer und Erhöhung der Ausgaben vom Wertzuwachs, zu Zweckzwecken zu beschaffen.

In der Frage der Arbeitsgemeinschaften wurde mit 24 gegen 7 Stimmen beschlossen, in den Arbeitsgemeinschaften zu verbleiben. Folgender Beschluß wurde gefaßt:

„Die Gewerkschaften sind der Arbeitgemeinschaften beigetreten, um die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter an der Führung der Wirtschaft zu beteiligen. In diesem Sinne ist die Arbeitsgemeinschaft ein brauchbares Mittel im Kampf um die Ergründerung der wirtschaftlichen Macht und der Sozialisierung der Wirtschaft. Ihre Bedeutung ist jedoch zeitlich begrenzt und wird erlöschen, wenn mit der fortschreitenden Organisation der Gemeinwirtschaft andere, verfassungsrechtliche und gezielte fundierte Organe geschaffen werden, in denen die Arbeiterschaft an der Leitung der Wirtschaft beteiligt wird.

Der Bundesauschuß hat zurzeit die Arbeitsgemeinschaft noch nicht für überflüssig, glaubt aber, daß diese Frage erneut geprüft werden muß, wenn die Organisation der Bezirkswirtschaftsräte durchgeführt worden ist.“

Ein Antrag, bei Lohnregelungen solle der Bundesvorstand eingreifen, wird vertagt zur nächsten Sitzung.

Eine Kundgebung gegen Besetzung des Ruhrgebietes wurde einstimmig angenommen.

Ob die Frankfurter Akademie der Arbeit durch Zumeilung von Schülern unterstützt werden kann und soll, ist zur Prüfung an eine Kommission verwiesen.

An die Sitzung des Bundesauschusses schloß sich eine Sitzung mit den Redakteuren der Gewerkschafts-presse. Hauptächlich wurden die Angriffe auf die Gewerkschaften erörtert. Gegen die Versuche, die Gewerkschaften zu sprengen, soll die Gewerkschafts-presse scharfe Abwehrstellung einnehmen. Ebenfalls gegen die wilden Betriebsrätezentralen à la Berlin, Halle. Die Stellungnahme des Betriebsrätekon-gresses wird unterfütigt.

Wir haben das Bewußtsein, schon vor dieser Konferenz, soweit es der beschränkte Raum unseres Blattes gestattet, im Sinne der Einheitslichkeit der Gewerkschaftsbewegung unsere Pflicht getan zu haben.

**Konferenz der Treibriemenbranche für Rheinland und Westfalen.**

Eine Konferenz der Treibriemenbranche für Rheinland und Westfalen, auf der rund 600 Kollegen durch Delegierte vertreten waren, tagte am 7. November in Düsseldorf, um den Bericht über die Verhandlungen zum Reichstarif entgegenzunehmen.

Kollege Schneider-Barman berichtete ausführlich über die Tarifverhandlungen. Insbesondere schilderte er die Schwierigkeiten, die sich hierbei ergaben, und die Stellungnahme der Arbeitgeber zu unseren Forderungen. Das Resultat sei nicht befriedigend zu nennen, besonders nicht für den hiesigen Bezirk mit seinen Teuerungszverhältnissen. Trotzdem habe er den Abmachungen zugestimmt, weil er sich bewußt sei, daß die Verhältnisse in der Branche im allgemeinen nicht besonders günstig liegen.

Kollege Heim-Quisburg, der ebenfalls an den Verhandlungen in Berlin teilgenommen, erläuterte den Bericht für objektiv; es lasse sich nur sehr wenig hinzufügen.

In der nun einsetzenden Diskussion, an der sich fast alle Delegierten beteiligten, wurden die Vereinbarungen einer scharfen Kritik unterzogen. Die festgesetzten Lohnsätze entsprechen nicht den hiesigen wirtschaftlichen Verhältnissen. Die Arbeitgeber richten sich meist nur nach den Mindestlohnsätzen, welche zum Lebensunterhalt unzureichend sind. Wird von den Kollegen über den Mindestlohn verlangt, dann bezeichnen sie das als Tarifbruch. Die Kollegen



schattstufen in ihrer ganzen Tiefe ausgeworfen hat. Angesichts der großen Aufgaben unseres Verbandes, die sich uns in so mannigfacher Fülle in der kommenden Zeit aufdrängen, angesichts der immer härter werdenden Existenzkämpfe des gesamten Unternehmertums im allgemeinen und unserer Leder- und Tapezierindustrie im besonderen ist die geschlossene Kampffront der freien Gewerkschaften gegen die weitere Verelendungspolitik eine zwingende Notwendigkeit. In der Diskussion ging Kollege Ullrich auf die Verhältnisse nach der Reichsmelzung ein. Er verurteilte die Zettelwirtschaft und Kassenführung ohne Kassenbuch. Kollege Heinrich wählte die Schuld auf alle Funktionäre und Mitglieder ab, desgleichen tadeltete auch Kollege Vogler die Tätigkeit der Revisoren. Die Debatte, an der sich viele Kollegen beteiligten, war sehr erregt. Gestadelt wurde, daß Wehe nicht den Mut hatte, zu seiner Verteidigung zu erscheinen. Es wurde auch der Vorwurf gegen die Zentrale erhoben, sich nicht genug um Breslau gekümmert und für den Osten nichts übrig zu haben. Spließ führte im Schlußwort aus: Kollege Wehe ist für die unerschlagenen Gelder verantwortlich. Den Hauptvorwand trifft keine Schuld, denn sobald feststand, daß Wehe sich an dem Verhandelsgebäude verging, haben wir zugegriffen. Der Vorstand hat den Osten nicht vernachlässigt und wird auch künftig tun, was möglich ist. Er hat die Zukunft im Auge zu behalten und ersuchte um Mitarbeit eines jeden, um über die Schlappe hinwegzukommen. Kollege Rudolf rief ebenfalls zur praktischen Arbeit auf. Durch Abstimmung wurde dem Vorstandsmittgliedern das Vertrauen entgegengebracht, auf ihren Posten zu verbleiben. Kollege Weiser übernahm einstweilen die Kasse. Es wurde eine Kommission von 8 Kollegen gewählt, welche gemeinsam mit der Ortsverwaltung die Vorarbeiten zur Neubesehung des Kostens treffen sollen. Dann forderte Kollege Koch die Kollegen auf, fest und treu zur Gewerkschaft zu halten, damit wir den großen Aufgaben näher kommen, die Sozialisierung vorbereiten und würdig das Erbe der verflorenen Generation übernehmen.

### Streiks und Lohnbewegungen.

**Börlitz.** Am Kampf der niederösterreichischen Metallarbeiter sind auch hier 26 Kollegen beteiligt.  
**Grünberg (Schlef.).** Seit dem 22. November sind alle Arbeiter der Waggonfabrik ausständig, da die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß kein Resultat ergaben. Es sind 16 unserer Mitglieder beteiligt.  
**Hildesheim. (Tapezierer.)** Ab 6. November erfolgt eine besondere Zulage an verheiratete Kollegen von wöchentlich 7 Mk. und 2,50 Mk. für Frau und jedes Kind.

### Keine Arbeitslosigkeit in skandinavischen Ländern.

Zu unserer Notiz in Nr. 39 über die Firma Skippan in Schweden erhalten wir die Mitteilung, daß in den nordischen Ländern die Arbeitslosigkeit sehr schlecht ist. In allen Branchen sind viel Arbeitslose. Es wird vor Bezug gewarnt. Zugleich wird mitgeteilt, daß der Lohn dort pro Stunde zurzeit 2,50—3 Kronen beträgt. 10 Kronen sind gleich 100 Mt. Wenn der Kollege also 8 Stunden arbeitet, so verdient er pro Tag 20 bis 24 Kronen oder nach unserem Maße 200—240 Mt. Was sagen dazu unsere Arbeitgeber?

### Verbandsnachrichten.

Am Sonnabend, den 4. Dezember, findet von 12 Uhr mittags bis 8 Uhr abends in folgenden sechs Lokalen die

#### Wahl

der Mitglieder des Verbandsbeirats statt:  
Neufölln: Schmidt, Münchener Str. 23. Berlin O.: Krumbach, Warschauer Str. 81. Berlin N.: Dahms, Schlegelstr. 9. Berlin SO.: Bieberstein, Adalbertstr. 59. Berlin SW.: Rathmann Wilhelmstraße 118. Berlin S.: Klube, Mittelstr. 32.  
Wer acht Wochen und länger mit seinen Beiträgen im Rückstand ist, hat kein Wahlrecht. Arbeitslose und Streikende haben ihre beiden Kontrollkarten als Legitimation mitzubringen. Verbandsbücher und Kontrollkarten werden im Wahllokal abgeholt.  
Die Wahlvorsther sind angewiesen, jeden Kollegen oder jede Kollegin, die ihren Verpflichtungen in der Beitragszahlung oder Legitimation nicht nachkommen, von der Wahl auszuschließen.  
Die Ortsverwaltung Berlin.

**Kiel.** Hier haben die Unternehmer den bisherigen Kollektivvertrag, der die Löhne für etwa 16 Berufe allmonatlich einheitlich regelte, gekündigt. Da die Arbeiter die Fortführung des Kollektivvertrages verlangen, ist ein größerer Kampf wahrscheinlich.  
**Königsberg i. Pr. (Tapezierer.)** Die neueren Verhandlungen ergaben eine Zulage von 35 Pf. pro Stunde. Die Tariflöhne betragen nunmehr 3,35, 4,25, 4,85 resp. 5,55 Mk. pro Stunde.  
**Mannheim.** Einige der Möbelfabrikanten, die auch der Innung angeschlossen sind, haben sich bei 1000 Mt. Konventionalstrafe verpflichtet, nicht über den festgesetzten Mindestlohn zu zahlen. Unsere Kollegen denken nicht daran, sich solche Einengung des Vertrages gefallen zu lassen. Geben die fraglichen Fabrikanten nicht nach, so ist der Konflikt unvermeidbar.  
**Mainz. (Tapezierer.)** Die Verhandlungen mit der Innung um Erhöhung der Feuerzuzuschläge verliefen resultatlos da die Innung jegliche Forderung ablehnte. Es ist der Schlichtungsausschuß angerufen.

### Nachtrag II zum Reichstarifvertrag für die Handwerksbetriebe im Sattlergewerbe.

Durch übereinstimmenden Beschluß des Tarifamts wurden verfehlt mit Wirkung ab 1. November 1920:

Güstrow von Klasse 4 in Klasse 3, Weklar von Klasse 4 in Klasse 3.

Zu § 2 (Löhne) erklärt das Tarifamt: Die Parteien sind sich einig, daß die im § 2 festgesetzten Löhne Mindestlöhne sind. Es ist die Pflicht der Arbeitgeber, Gehilfen, welche über die tatsächliche Mindestleistung hinaus leisten, höher zu entlohnen.  
Zu § 7: Wo eine tarifmäßige Bezirkserschließungsform gebildet ist oder wirkt, können die behördlichen Schlichtungsstellen, eventuell das Gewerbegericht angerufen werden.

Beiführer der vertraglichen Schlichtungsinstanzen kann jedes Mitglied der beiderseitigen vertragsschließenden Parteien sein.  
Jede Bezirkserschließungsstelle kann unbeschadet der Landesgrenzen von jedem Ort angerufen werden, für den sie die räumlich nächste Schlichtungsstelle ist.  
Wenn für einen Ort eine örtliche Arbeitsgemeinschaft nicht gebildet werden kann, sollen eventuelle Klagen direkt dem zuständigen Bezirkserschließungsausschuß unterbreitet werden.  
Die Bezirkserschließungskommissionen sollen längstens 14 Tage nach Anruf zusammentreten und entscheiden.  
Berlin, den 28. Oktober 1920.  
Für die Arbeitgeber: Mag Ludwig.  
Für die Arbeitnehmer: P. Blum.  
Das Tarifamt. Der Vorsitzende: L. Girsch.

### Bekanntmachung.

Auf Antrag der Ortsverwaltung Berlin wurde das Ritualied Tapezierer Alfred Martin, Buch-Nr. 32 494 wegen Verstoß gegen die Interessen des Verbandes gemäß § 4 Abs. 2a aus dem Verbandsausgeschlossen. Der Vorstand.

### Versammlungskalender.

**Bistale Berlin.** Magazin-, Matratzen- und Eisenmöbelpolierer am Montag, den 6. Dezember, abends 5 Uhr, Versammlung im Gewerkschaftshaus, Saal 5.  
**Spandau.** Achtung! Monatsversammlung am 8. Dezember. Wahl des Verbandsbeirats. Jeder Kollege hat die Pflicht, zu erscheinen.  
Die Ortsverwaltung. J. A.: P. Becker.  
**Stuttgart.** Am 14. Dezember, abends 7 Uhr, Branchenerammlung der Tapezierer im Gewerkschaftshaus.

### Sterbetafel.

Berlin. Im Alter von 60 Jahren starb der Kollege Johann Reimann (Wagenfahrlar), 40 774 und Alfred Wilm, 17 Jahre alt (Wassersantalerlehrling), 74 911.  
Brandenburg a. S. Am 13. November verstarb unser Mitglied Friederike Graßmann im Alter von 60 Jahren.  
Ehre ihrem Andenken.

**Rüstrin. (22. 11.)** Versammlung vom 12. November. Seulleter Engel sprach über die Herabsetzung der Löhne im Innungsbezirk Frankfurt a. O. Die Mitglieder protestierten entschieden gegen den geplanten Lohnabbau. Für Rüstrin ist der Lohn unzureichend, hier ist eine Aufbesserung dringend notwendig. Die Lebensmittelpreise in Rüstrin unterscheiden sich sehr wenig von denen der Großstädte. Eine Verbeserung in eine höhere Lohnklasse ist unbedingt nötig. B. Stübner.

**Magdeburg. (22. 11.)** Tapeziererversammlung vom 18. November. Anwesend 35 Kollegen. Wahlrecht verleiht den Entwurf zu einem Rahmentarif. Die Anwesenden sehen in diesem Rahmentarif nicht den Weg zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage, weil die Hauptfrage: Regelung des Lohnsatzes, der Arbeitszeit und der Ferien, danach nach wie vor Sache der einzelnen Bezirke ist. Nicolai macht den Vorschlag, den Entwurf zu ändern und dem Reichstarif der Sattler anzulehnen. Eine entsprechende, an den Zentralvorstand gerichtete Resolution macht diesen Vorschlag zur Forderung. Ganz gibt einen Bericht der Arbeitslosenkommission. Den Wünschen der Kollegen und der schon wieder gebührenden Lokalfasse entsprechend, soll zum Weihnachtsbergnissen am 8. Festtag abermals eine Verlosung mit einem Rubelbett als ersten Preis stattfinden. Öffentlich werden auch diesmal die ersten tausend Mark um ein Bedeutendes als Reinertrag überschritten. Nicolai weist auf die am 2. Dezember stattfindende Wahl zum Verbandsbeirat hin. Oskar Kühn ist als Kandidat für den 10. Wahlbezirk aufgestellt.  
Paul Mariens.

## Hamburg

Mittwoch, den 8. Dezember 1920, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, hochl. Restaurant:

### Allgemeine Mitgliederversammlung

Tagesordnung: 1. Beschlußfassung über Weihnachtunterstützung der Arbeitslosen. 2. Wahl eines Mitgliedes zum Verbandsbeirat. 3. Uhr. Anm.: vom Sitzungsfest. 4. Verschiedenes. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Freitag, den 17. Dezember 1920, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, hochl. Restaurant:

### Branchenversammlung der Tapezierer

Tagesordnung: Stellungnahme zum Rahmentarif für das Tapezierergewerbe (Reichstarif).— Tapezierer aller Branchen müssen in dieser Versammlung erscheinen.

Jedes Mitglied ist verpflichtet, die Verbandszeitung ab 1. Januar 1920 zu abonnieren, resp. sein Abonnement zu erneuern. Bestellscheine sind im Verbandsbüro abzugeben. Die Postanweisung ist im Laufe des 1. Quartals zur Abschlußzahlung der Abonnementsgebühren abzugeben. Die Ortsverwaltung.

## Sportfattler

die auf Fußbälle eingearbeitet sind, für Dauerstellung gesucht.  
H. Hafemeier & Co., Arefeld, Herdinger Str. 104. Zureiterlaubnis, Kost und Logis wird beschaft.

## Tüchtige Koffermacher auf 2 Wapakasser

nur selbstständige Arbeiter sofort gesucht.  
B. Marszcek & Co., Köln-Würgerdorf.

### Zahlstelle Darmstadt

#### Einladung

zu der am Samstag, den 11. Dezember, abends 6 Uhr, im „Festabend“, Stifstr. 47, stattfindenden Weihnachtsfeier

mit Tanz und Theateraufführungen, sowie einer reichhaltigen Tombola. Der Vergnügungsausschuß

## Berj. Portefeuerer

steht dauernd ein Oswald Reibel, Erdemwarenfabrik, Constaude-Dresden.